

KLIMANEUTRALITÄT

Der steigende CO₂-Preis gefährdet die Existenz vieler Unternehmen

von: Klaus Stratmann

Datum: 09.06.2021 09:35 Uhr

Während höhere CO₂-Preise diskutiert werden, treibt der aktuelle Preis zahllose Unternehmen bereits in die Enge. Die Bundesregierung hat keine Lösung parat.



Gießerei

Wärmegeführte Prozesse in Gießereien sorgen für hohe CO₂-Kosten.

(Foto: dpa)

Berlin. Als der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) seine Mitgliedsunternehmen vor einigen Monaten danach befragte, wie sie auf den CO₂-Preis reagieren würden, fielen die Antworten erschreckend aus. Sie reichten von „sofortigem Investitionsstopp“ über „Personalabbau“ bis zu „Verlagerung von Investitionen ins Ausland“. Besonders deutlich war die Antwort einer Härterei aus NRW mit 75 Mitarbeitern: Man plane die Abwicklung des Unternehmens.

Betroffen sind aber nicht nur Metallverarbeiter. Der CO₂-Preis schwächt Unternehmen in verschiedenen Branchen. Er belastet Gießereien, Feuerverzinker, die keramische Industrie, Kunststoffverarbeiter und beispielsweise die Hersteller technischer Textilien, die als Filter in Industrieanlagen oder für Corona-Schutzmasken benötigt werden.

Die Große Koalition hatte den betroffenen Branchen zugesagt, die Zusatzkosten, die aus dem CO2-Preis erwachsen, unter bestimmten Bedingungen zu kompensieren. Ziel sei es, die Abwanderung von Unternehmen wegen der CO2-Kosten, im Fachjargon „Carbon Leakage“ genannt, zu verhindern.

Doch der Entwurf der entsprechenden Carbon-Leakage-Verordnung aus dem Bundesumweltministerium ist aus Sicht vieler Unternehmen eine Riesenenttäuschung. Denn der darin vorgesehene Ausgleich ersetzt entweder nur einen geringen Teil der CO2-Kosten – oder die Unternehmen bekommen gar nichts erstattet.

THEMEN DES ARTIKELS



Die Verordnung ist noch nicht in Kraft getreten. Der Bundestag hat bis Ende Juni Zeit, Änderungen einzufordern. Äußert er sich nicht, tritt die Verordnung ohne Veränderungen in Kraft.

Wettbewerbsverzerrung durch Klimamaßnahmen

In den Koalitionsfraktionen deutet sich die Bereitschaft an, den betroffenen Unternehmen noch entgegenzukommen. „Für die SPD ist klar: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft muss sichergestellt sein. Dazu ist ein effektiver Carbon-Leakage-Schutz nötig“, sagte Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt.

Die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch wettbewerbsverzerrende Belastungen sei kein theoretisches Problem, sagte Westphal. „Wenn Unternehmen aufgrund der mit Klimamaßnahmen verbundenen Kosten ihre Produktion in andere Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen verlagern, ist dem Klima jedenfalls nicht gedient. Mit der Carbon-Leakage-Verordnung wollen wir genau das verhindern“, sagte er.

CO₂-Preis

CO₂-Preis in Euro je Tonne
(ETS-Handelssystem)



HANDELSBLATT-GRAFIK

Quelle: Thomson Datastream

Das Wirtschaftsministerium reagiert zurückhaltend: Man werde „die praktische Umsetzung der Verordnung eng begleiten und genau beobachten, ob es Änderungen bedarf“, teilte das Ministerium auf Anfrage mit. Die Unternehmen beruhigt das nicht. Sie warten schon seit Monaten auf eine Lösung für ihre Probleme.

Der CO₂-Preis von 25 Euro je Tonne gilt seit Januar 2021 in den Sektoren Wärme und Verkehr. Er belastet beispielsweise die vor dem Aus stehende Härtereie in NRW allein in diesem Jahr mit zusätzlichen Kosten von 250.000 Euro. Das entspricht 2,3 Prozent des Umsatzes. Da der Anstieg des CO₂-Preises auf 35 Euro für 2023 bereits gesetzlich geregelt ist, beläuft sich die Kostenlast für das Unternehmen 2023 auf 350.000 Euro.

Kosten in Höhe von 5,7 Prozent des Umsatzes

Fällig wird der CO₂-Preis für den Einsatz von Erdgas, das für die Prozesse der Härtereie unverzichtbar ist. Alternativen hat das Unternehmen nicht. Strom kommt für Hochtemperaturprozesse, wie sie in Härtereien stattfinden, nicht in Betracht. Klimaneutralen Wasserstoff gibt es noch nicht, und das dürfte auch noch für einige Jahre so bleiben.

Geht es nach den Grünen, steigt der CO₂-Preis 2023 bereits auf 60 Euro. Für die Härtereie in NRW bedeutete das zusätzliche Kosten von 600.000 Euro pro Jahr, was 5,7 Prozent des Umsatzes

entspräche. Angesichts einer Durchschnittsrendite von drei bis fünf Prozent ist das nicht zu verkraften.

Der CO₂-Preis gilt als entscheidendes Instrument, um auf dem Weg zur Klimaneutralität voranzukommen. Er verteuert den Einsatz fossiler Energien und macht den Einsatz von Strom, der mehr und mehr aus erneuerbaren Quellen kommt, attraktiver.

Die Einnahmen des CO₂-Preises werden zum Teil dafür eingesetzt, die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die den Strompreis erheblich belastet, zu stabilisieren und perspektivisch sogar abzuschaffen.

Carbon-Leakage-Verordnung: Unternehmen üben Kritik

Die Unternehmen fühlen sich alleingelassen. „Die geplante Umsetzung der Carbon-Leakage-Verordnung steht in krassem Widerspruch zur Zusage der Großen Koalition, die Wirtschaft im Zusammenhang mit der CO₂-Bepreisung vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen“, sagte Hans-Toni Junius, geschäftsführender Gesellschafter des Stahlverarbeiters Waelzholz, dem Handelsblatt. Das international agierende Unternehmen mit 2300 Mitarbeitern hat seinen Stammsitz in Hagen.

Nach Angaben von Junius summiert sich die Belastung durch den CO₂-Preis bei Waelzholz in den Jahren 2021 bis 2026 auf 15 Millionen Euro. Nach dem Entwurf der Carbon-Leakage-Verordnung ergibt sich für das Unternehmen eine Erstattung von 49 Prozent. „Wir bleiben also auf mehr als der Hälfte der Kosten sitzen. In manchen Unternehmen fällt die Erstattung noch geringer aus“, sagte Junius. „Uns war eine Erstattung auf dem Niveau der kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten im Europäischen Emissionshandelssystem in Aussicht gestellt worden. Dieses Niveau liegt bei 85 Prozent. Davon sind wir weit entfernt“, ergänzte er.

Die Carbon-Leakage-Verordnung greift dann, wenn ein Unternehmen einem der Sektoren zuzuordnen ist, die schon nach der Systematik des europäischen Emissionshandelssystems als Carbon-Leakage-gefährdet gelten.

Die Liste dieser Unternehmen kann auf Antrag ergänzt werden. Zu den Kriterien, die dazu erfüllt sein müssen, zählt eine bestimmte Handelsintensität. Die Handelsintensität erfasst den Anteil des Handels eines Unternehmens mit Drittstaaten außerhalb der EU.

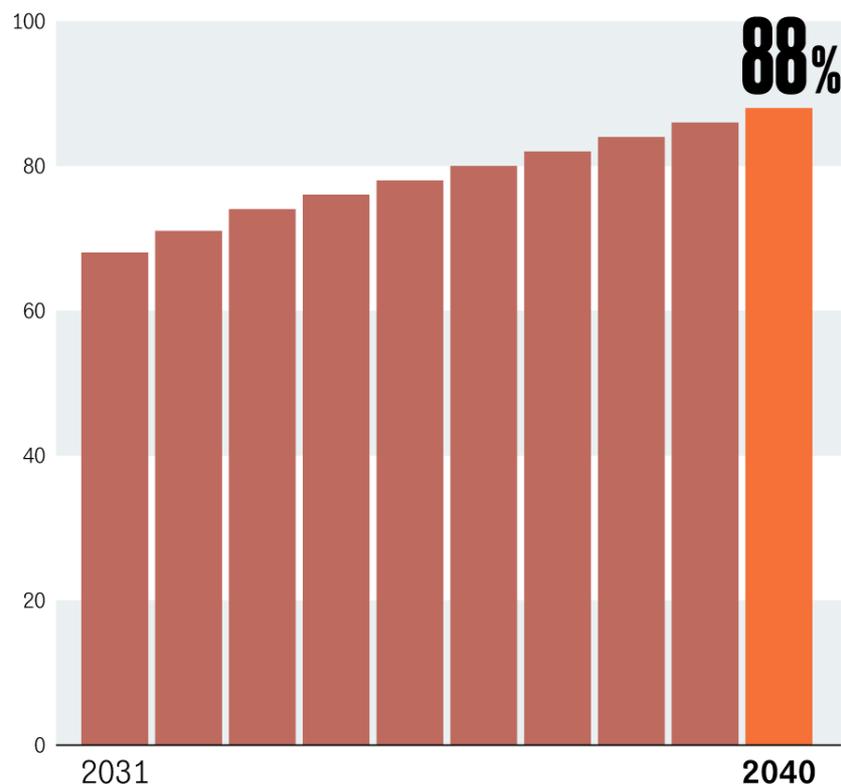
Die Handelsintensität wird aber in verschiedenen Branchen statistisch nicht erfasst und lässt sich daher auch nicht belegen. Die Unternehmen haben daher keine Chance auf Kompensation.

Forderung an die Politik: Die Branchen entlasten

Ohnehin ist das Kriterium der Handelsintensität fragwürdig. „Selbst wenn einer unserer großen Kunden in Deutschland sitzt, stehen wir als dessen Lieferant in direktem Wettbewerb mit Unternehmen aus Ländern innerhalb und außerhalb der EU. In den meisten dieser Länder gibt es keine vergleichbare CO₂-Bepreisung“, sagte Waelzholz-Chef Junius.

Schneller Richtung Klimaneutralität

Jährliche CO₂-Minderungsziele
im Vergleich zu 1990 in Prozent



HANDELSBLATT-GRAFIK

Quelle: Entwurf des Klimaschutzgesetzes 2021

Die Politik müsse dringend aktiv werden und die Branchen entlasten, die von Verlagerungsrisiken betroffen seien, mahnt Martin Kopf, Vorsitzender des Industrieverbands Feuerverzinken.

Junius hegt wachsende Zweifel an der gesamten Systematik der CO₂-Bepreisung. „Unsere Produkte helfen, bei der Reduktion der CO₂-Emissionen voranzukommen. Wir sind wichtiger Lieferant für die Windkraftbranche, aber auch für Hersteller von Elektroantrieben für Autos“, sagt Junius.

„Wenn wir jetzt mit Kosten belastet werden, die unsere Wettbewerber innerhalb und außerhalb der EU so nicht zu schultern haben, schwächt das unsere Position im Markt. Das kann nicht Sinn und Zweck einer CO₂-Bepreisung sein“, sagt der Waelzholz-Chef.

Junius weiß, dass sein Unternehmen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche noch vergleichsweise gut abschneidet. „Es gibt eine Reihe von Härtereien, Gießereien und Schmieden, die noch stärker betroffen sind als wir. In einigen Fällen ist der Fortbestand der Unternehmen gefährdet“, sagt Junius. „Wenn diese Unternehmen aufgeben und die Produkte künftig aus China oder anderen Ländern kommen, untergräbt das die Basis unseres Wohlstands. Und dem Klimaschutz ist auch nicht gedient, weil die Produktion in anderen Teilen der Erde oftmals CO₂-intensiver ist als bei uns“, warnt er.

Mehr: Der CO₂-Preis belastet schon jetzt die Wettbewerbsfähigkeit

© 2020 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.